

Die Vielfalt gestalten

Auf Seniorenkonferenz u.a. Novellierung des Seniorenmitwirkungsgesetzes beraten

Die Vielfalt gestalten! Unter diesem Motto fand am 8. September die Seniorenkonferenz der Fraktion die LINKE im Thüringer Landtag statt. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie angesichts der demografischen und sozialen Veränderungen in Thüringen Teilhabe, Selbst- und Mitverantwortung für alle gewährleistet werden können.

Darauf eingehend hob Ines Feierabend (LINKE), Staatssekretärin im Sozialministerium, eine neue Herangehensweise der rot-rot-grünen Landesregierung bei der Überarbeitung des Seniorenmitwirkungsgesetzes hervor. „Das Seniorenmitwirkungsgesetz war auch bislang schon eine gute Grundlage für die Mitbestimmung älterer Menschen in Thüringen. Allerdings wurde von Seniorinnen und Senioren immer wieder kritisch angemerkt, dass sie beim Zustandekommen des Gesetzes im Jahr 2011 selbst zu wenig beteiligt wurden. Deshalb beziehen wir jetzt die Seniorinnen und Senioren von Anfang an in die Überprüfung und Novellierung des Gesetzes ein.“ So werde in diesem Jahr mit der Evaluierung des bestehenden Seniorenmitwirkungsgesetzes begonnen und das Ministerium wird diese in Abstimmung mit dem Landesseniorenrat Thüringen gestalten.

Dazu habe der Landesseniorenrat Thüringen, so dessen Vorsitzende Hannelore Hauschild, Evaluierungsschwerpunkte entwickelt. Ines Feierabend betonte zudem, dass die Gespräche über ein novelliertes Gesetz auch mit dem Ziel geführt würden, Seniorenbeauftragte und -beiräte in die Arbeit der Kommunen und des Landes Thüringen stärker einzubeziehen.

Aus Sicht von Teilnehmern sei es zum Beispiel problematisch gewesen, dass Zuarbeiten zwar erbeten, deren Berücksichtigung aber nicht hinterfragt bzw. eingefordert werden sollte. Diese Vorgehensweise habe in der Vergangenheit Unverständnis hervorgerufen. Redner und Rednerinnen forderten, mit ihrer Arbeit und ihren Vor-

schlägen ernster genommen zu werden. Claudia Michelfeit, stellvertretende Leiterin der Stabsstelle Strategische Sozialplanung im Sozialministerium, verdeutlichte die Zusammenhänge zwischen den demografischen Veränderungen im Land, der Notwendigkeit, die Teilhabemöglichkeiten der älteren Generation weiter zu entwickeln sowie den sich daraus ergebenden Aufgaben für die Kreise und Städte.

Hatte Thüringen 2010 noch 2,2 Mio. Einwohner, so gehe man gegenwärtig davon aus, dass 2030 nur noch etwa 1,8 Mio. Einwohner im Land leben. Zudem sei es so, dass die Zahl der Einwohner ab 65 Jahre um 160.000 Personen auf insgesamt 652.000 Perso-



nen anwachsen. Deshalb müssten Kommunen und auch das Land folgende Herausforderungen berücksichtigen: die Vielfalt des Alters und der Lebenslagen im Alter, die zunehmende Hochaltrigkeit, die Feminisierung und die Singularisierung der RentnerInnen-Generation, die Verjüngung des Alters, d.h. die Zunahme der Zahl derjenigen, die vor Erreichen des Rentenalters aus dem Berufsleben ausscheiden.

Im Konkreten bedeutet dies zum Beispiel für eine Stadt wie Gera: die Entwicklung und Förderung inklusiver Sozialräume, die Entwicklung kommunaler Integrationskonzepte, die Aktivierung und Vernetzung lokaler Akteure, die Förderung einer abgestimmten Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik und eine effektive und transparente Steuerung der Sozialleistungen.

Über ihr Herangehen an die Seniorenarbeit in Treptow/Köpenick berichtete die Vorsitzende der Landesseniorenvertretung Berlin, Dr. Johanna Hambach. So habe man ein Demografie-Konzept für den Stadtteil erarbeitet und sehe den Arbeitsschwerpunkt in der Ausgestaltung der sozialen Infrastruktur. Außerdem sei es gelungen, im Landesgesetz die Informationspflicht vor Entscheidungen zu verankern und die Seniorenvertretung könne auch direkt Anträge an die BVV stellen.

Margit Jung, Vizepräsidentin des Landtages und seniorenpolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion, hob die kontinuierliche Besetzung des Seniorenthemas durch die Fraktion hervor.

Ausgehend von einem eigenen Entwurf für ein Seniorenmitbestimmungsgesetz 2010/11 wurden in den Folgejahren immer wieder Beratungen und Konferenzen durchgeführt. Sie forderte, Familienpolitik als Kernpunkt auch der Herangehensweise in der Seniorenpolitik zu betrachten und die generationenübergreifenden Aspekte weiter zu entwickeln. Der Grad der Verbindlichkeit in der Arbeit der Seniorenbeiräte und der Seniorenbeauftragten müsse erhöht werden und die Frage der Mitbestimmung als einer zentralen Forderung unserer Partei weitere Aufmerksamkeit zukommen. Gebraucht werde Verständnis für Seniorinnen und Senioren in der Gesellschaft und dazu müsse auch die Partei ihren Beitrag leisten.

Ute Hausold

Foto: Peter Lahn

VON A BIS Z:

Hebammenberuf

Nachdem sich der Sozialausschuss am 22. September mit dem Thema befasst hatte, warben die Abgeordneten Birgit Pelke (SPD), Karola Stange (DIE LINKE) und Babet Pfefferlein (GRÜNE) für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung mit Hebammenleistungen und eine zukunftsbeste Bedarfsplanung für Thüringen:

„Wir setzen uns als Koalition intensiv dafür ein, dass die Versorgung mit Hebammenleistungen verbessert wird. Der ‚Runde Tisch für Geburt und Familie‘ arbeitet nach dem heutigen Bericht sehr engagiert. Die kontinuierliche Teilnahme vieler Experten aus den Bereichen Gesundheit, Familie und Soziales gewährleistet jetzt schon gute Ergebnisse. Besonders positiv hervorzuheben ist, dass von allen Akteuren viel Zeit und Kraft in Datenerhebung, Bedarfsplanung und konkrete Umsetzungsschritte investiert wird. Im Ausschuss ist außerdem klar geworden, dass die Bedingungen, als Hebamme zu arbeiten, grundsätzlich verbessert werden müssen ebenso wie die Aus- und Weiterbildung. Unser Ziel ist es, den Beruf der Hebammen sowohl im klinischen als auch im außerklinischen Bereich attraktiver zu machen und damit auch die Zufriedenheit der Familien zu steigern. Abschließend befürworten wir, dass im Ergebnis des Runden Tisches bereits in diesem Jahr die schulische Ausbildung in Jena und im nächsten Jahr in Erfurt zusätzlich beginnen und sich dies in den nächsten zehn Jahren weiterentwickeln wird.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die letzten Plenarsitzungen in diesem Jahr sind anberaumt vom 9. bis 11. November sowie vom 7. bis 9. Dezember.

Linkfraktion lädt ein zu

Veranstaltung GUTE ARBEIT:

Anlässlich des Welttags für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober lädt die Linkfraktion Gewerkschafter, Betriebsräte, soziale Initiativen und interessierte Menschen mit und ohne Arbeit in den Landtag nach Erfurt, Raum F 101 (15 bis 18 Uhr) ein, um die Situation prekärer Beschäftigung zu analysieren und gemeinsam für GUTE ARBEIT in allen Bereichen einzutreten.

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Multiarena

Nach der Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses im Thüringer Landtag zum Thema „Betriebung der Multifunktionsarena in Erfurt“ erklärte der Sportpolitiker der Linksfraktion, Knut Korschewsky: „DIE LINKE stand dem Entschluss zum Bau einer Multifunktionsarena in Erfurt von Beginn an eher kritisch gegenüber. Nun, nachdem der Bau vor seinem Abschluss steht, braucht es jedoch unabhängig davon ein tragfähiges Modell für einen funktionsfähigen Stadion- und Konferenzbetrieb. Hierfür erscheint uns die Beteiligung der Messe Erfurt aus struktureller Sicht folgerichtig, weshalb wir auch die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung einer Insolvenz unterstützen.“

Sonntagsöffnung

Zum Urteil des Thüringer Oberverwaltungsgerichts, das die sonntägliche Ladenöffnung in Erfurt auf den 2. Advent dieses Jahres begrenzt, erklärte MdL Rainer Käuter: „Der Sonntag ist ein Ruhetag. Er ist jetzt schon für viel zu viele, wie in der Gastronomie, den Pflegeberufen oder bei der Polizei, ein normaler Arbeitstag. Lassen wir doch wenigstens den Beschäftigten im Einzelhandel, deren Arbeit am Sonntag nicht zwingend notwendig ist, den freien Tag am Wochenende. Es ist gut, dass ver.di geklagt und Recht bekommen hat. Außerdem sollten wir die Geschichte vom allumfassenden, glücklich machenden Konsum rund um die Uhr endlich dorthin ablegen, wo sie hingehört – zu den Märchen.“

Hochschulen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat im Rahmen ihrer 9. Wissenschaftskonferenz die „Wittenberger Erklärung“ verabschiedet. Dazu der Wissenschaftspolitiker der Linksfraktion, Christian Schaft: „Dauerstellen für Daueraufgaben – diese Forderung muss endlich bundesweite Umsetzung finden. Auch in Thüringen sind noch immer deutlich mehr als 80 Prozent aller Beschäftigten an den Hochschulen befristet angestellt. Sichere Zukunftsperspektiven sind so für viele Beschäftigte im Wissenschaftsbereich ein ferner Traum. DIE LINKE drängt im Reformprozess des Thüringer Hochschulgesetzes darauf, dass klare Rahmenbedingungen für Gute Arbeit in der Wissenschaft Anwendung finden.“